

Diäten-Erhöhung heftig umstritten

Erste Lesung im Bundestag

Berlin. (dpa/RNZ) Die von der großen Koalition verabredete Erhöhung der Abgeordneten-Diäten ist von der Opposition im Bundestag heftig kritisiert worden. FDP, Linke und Grüne zeigten sich am Freitag bei der ersten Lesung des Gesetzesentwurfs empört, dass die Koalition die Entwicklung der Parlamentarierbezüge mit der Besoldung der Bundesbeamten verknüpft hat. Auch SPD-Politiker lehnten das Vorhaben ab. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) äußerte Verständnis für die Kritiker. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterstützt die Erhöhung ebenfalls (wir berichteten).

Die Grünen verlangten in der auf eine halbe Stunde begrenzten Bundestags-Debatte eine getrennte Beratung von Besoldungs- und Diätenerhöhung. Die FDP forderte erneut, eine unabhängige Kommission über die Bezüge entscheiden zu lassen. Einhellig begrüßt wurde die Absicht, den Abschluss im öffentlichen Dienst auf Beamte zu übertragen.

Der Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Ernst Burgbacher, sagte, höheren Beamtenbezügen „stimmen wir ausdrücklich zu“. Dass aber urplötzlich „von hinten durch die kalte Küche auch die Diäten der Abgeordneten erhöht werden sollen, ist ein unglaublicher Vorgang.“ Dies sei maßlos. Auch alle anderen Oppositionsredner kritisierten das Verfahren.

Nach dem Entwurf sollen die Abgeordnetenbezüge am 1. Januar 2009 um 278 auf 7946 Euro steigen und ein Jahr später um 213 Euro auf 8159 Euro. In den 7946 Euro ist bereits die im November beschlossene Anhebung um 4,48 Prozent für 2009 enthalten. Insgesamt beträgt das Plus damit 8,3 Prozent. Anfang 2008 waren die Diäten um plus 4,7 Prozent auf derzeit 7339 Euro gestiegen.

Auf www.abgeordnetenwatch.de und in Interviews gaben mehrere SPD-Abgeordnete ihr Nein zu Protokoll, darunter der innenpolitische Sprecher Dieter Wiefelspütz. Auch zwei CDU-Abgeordnete sprachen sich dagegen aus.

Der Mannheimer SPD-Abgeordnete Lothar Mark rief in einer Mitteilung dazu auf, die Debatte zu versachlichen. Er verweist darauf, dass es Ziel sei, die Abgeordneten-Diät an die Besoldung eines Bundesrichters oder etwa eines Bürgermeisters in einer kleinen Stadt anzupassen. Er selbst habe in seiner Zeit als Mannheimer Kulturbürgermeister besser verdient als heute, obwohl das Arbeitspensum im Bundestag höher sei.